

Antrag

der Abgeordneten Schanz, Adler, Bachmaier, Bindig, Blunck, Brück, Dr. von Bülow, Conradi, Fischer (Homburg), Großmann, Dr. Hartenstein, Dr. Hauchler, Dr. Hauff, Dr. Holtz, Kiehm, Lennartz, Luuk, Dr. Martiny, Menzel, Müller (Düsseldorf), Dr. Niehuis, Dr. Osswald, Reimann, Reuter, Schäfer (Offenburg), Schluckebier, Dr. Schöffberger, Schütz, Stahl (Kempen), Toetemeyer, Waltemathe, Weiermann, Dr. Wernitz, Bernrath, Bulmahn, Ganseforth, Ibrügger, Purps, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Erhaltung der tropischen Regenwälder zum Schutz einheimischer Bevölkerungen, des Klimas und der genetischen Artenvielfalt durch entwicklungspolitische Maßnahmen

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Zerstörung der tropischen Regenwälder in der Dritten Welt hat dramatisch zugenommen.

Zu den Ursachen zählt der wachsende Verbrauch des Roh- und Brennstoffes Holz. Die zunehmende Verschuldung der Tropenwaldländer führt zu einem steigenden Devisenerwirtschaftungszwang und damit zu wachsendem Holzexport. Vor allem multinationale Konzerne beeinflussen mit ihrer Interessenpolitik die Tropenwaldländer, die sich diesem ökonomischen Druck oft nicht entziehen können.

Die verstärkte Brennholzgewinnung dient hauptsächlich den Entwicklungsländern als Kompensation von Energieengpässen, besonders der armen Bevölkerungsschichten.

Ebenso erfolgt eine Zerstörung der tropischen Regenwälder durch staatliche Kolonisationsprogramme, Durchführung waldschädigender, national und multinational veranlaßter Großprojekte zwecks Energiegewinnung und Rohstoffextraktion, Zunahme großflächiger Rinderweidewirtschaft und monokultureller Plantagenwirtschaft und durch die mit den Projekten in Zusammenhang stehenden Infrastrukturmaßnahmen.

Durch zunehmendes Bevölkerungswachstum sowie durch Umsiedlungen und Vertreibung von Kleinbauern und Pächtern verstärkt sich der Druck auf Primärwaldgebiete zur Landgewinnung, um den Lebensunterhalt sicherzustellen. Hier ist Armut als eine wesentliche Ursache der Tropenwaldzerstörung anzusehen.

Den tropischen Regenwäldern kommt für die Erhaltung der Lebensbedingungen auch für den gesamten Globus eine besondere Bedeutung zu:

- in sozialer Weise, da sie die natürlichen Lebensräume für die einheimische Urbevölkerung darstellen;
- in biologischer Weise, da sie den natürlichen Lebensraum für eine Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten darstellen;
- in klimatischer Hinsicht, da sie wichtige Funktionen für das Klein- und Großklima, insbesondere als größte landseitige CO₂-Senke, haben.

Die großflächige Zerstörung der Regenwälder durch Holzeinschlag und Brandrodungen führt zu

1. Störungen des Mikroklimas, die sich durch Ausbleiben von Regenzeiten, Frosteinbrüchen in angrenzenden Regionen, ungebremsten Windeinfall, Überschwemmungen, Dürre, Bodenerosion und Versteppung bemerkbar machen können;
2. einer Verstärkung des Treibhauseffekts, da durch großflächige Brandrodungen in großen Mengen CO₂ emittiert wird;
3. einem bedrohlichen Rückgang der biologischen Artenvielfalt und damit dem unwiederbringlichen Verlust genetischer Ressourcen;
4. Vertreibung und Ausrottung einheimischer Bevölkerungsgruppen und damit zu einer Verdrängung ökologisch angepaßter Landnutzungsformen.

Die Erhaltung der tropischen Regenwälder ist nicht nur ein Problem der betroffenen Nationen, sondern eine der wichtigsten internationalen Aufgaben. Zu dem Schluß kommt der 1987 vorgestellte Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ der von der UNO eingesetzten Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED). Kennzeichnend für den Bericht ist erstmalig die ganzheitliche Sicht der Entwicklungs-Umwelt, -Weltwirtschaft und Friedensproblematik. Hier werden Abhängigkeiten angesprochen und Veränderungen nicht nur auf seiten der Entwicklungsländer, sondern auch gerade auf seiten der Industrieländer gefordert. Diese haben eine besondere Verantwortung im Entwicklungsprozeß der Tropenwaldländer.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

die Empfehlungen der WCED in ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit einfließen zu lassen, in dem sie insbesondere folgende internationale Maßnahmen nachhaltig unterstützt:

1. Dauerhafte Entwicklung muß in Zukunft das Ziel einer gerechteren und sozialen Weltwirtschaftsordnung sein, Voraussetzungen sind integrierte handels- und umweltpolitische Maßnahmen;
2. Erstellung eines UN-Programms für dauerhafte Entwicklung. Das Vorsorgeprinzip muß als wichtigstes Merkmal einer dauerhaften Entwicklung betrachtet werden;

3. Verstärkung des UN-Umweltprogramms UNEP in Nairobi, besonders des globalen „Umweltüberwachungssystems“;
4. Entwicklung einer zentralen Umweltdatenbasis, um weitere Umweltrisiken bewerten zu können.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Erlaß der Schulden für am wenigsten entwickelte Länder, vor allem der südlich der Sahara gelegenen, sowie – in besonders begründeten Fällen – ein teilweiser Erlaß der Schulden anderer Entwicklungsländer;
- Umschuldung und Konsolidierung der übrigen Auslandsschulden der Dritten Welt durch Verlängerung der Rückzahlungsfristen, langfristige Zinsvereinbarungen, Obergrenzen für Zinssätze sowie Begrenzung des Schuldendienstes auf einen bestimmten Anteil der Exporterlöse. Die Bundesregierung sollte in diesem Sinne auch auf die privaten Gläubigerbanken einwirken;
- Initiativen der Entwicklungsbanken, des IWF und anderer Institutionen zu unterstützen, damit die Tropenwaldländer in die Lage versetzt werden können, Maßnahmen für die Erhaltung der tropischen Regenwälder und anderer Ökosysteme zu ergreifen. Diesbezügliche Initiativen anderer Staaten sind von der Bundesregierung nachdrücklich zu unterstützen;
- Initiativen zu fördern, die Schuldenerlaß gegen Naturschutzmaßnahmen tauschen (debt-for-nature-swap), wobei die betroffenen Bevölkerungsgruppen und heimischen Naturschutzverbände konsultiert werden sollten;
- die Vorschläge des UN-Environment Program zur Erhaltung tropischer Waldökosysteme zu unterstützen;
- der Armutsbekämpfung in Ländern der Dritten Welt in der Entwicklungszusammenarbeit absolute Priorität einzuräumen;
- im Energiebereich der effizienten Energienutzung Priorität einzuräumen, neue große Staudammprojekte vorerst nicht mitzufinanzieren, bis die bisher völlig vernachlässigten und unterschätzten Probleme, wie etwa der unerwartet schnellen Versandung als Folge der durch die Staudämme geförderten Erosion und Entwaldung gründlich untersucht sind. Bei bestehenden Projekten sollten die Probleme der Umsiedlung ohne Schäden für die betroffenen Menschen und die Wälder gelöst werden;
- alle Struktur-Länder und -Sektorkredite in der Entwicklungszusammenarbeit sollen auf ihre Auswirkungen auf die Regenwälder und anderer Ökosysteme hin im voraus untersucht werden.

Im Zweifelsfall sollte der Ökologie Vorrang vor der Ökonomie gegeben werden. Strukturanpassungsprogramme sollten nicht einseitig auf Exportsteigerung ausgerichtet sein, sondern vor allem auf eine Stärkung der Binnenwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion abzielen. Dazu gehört auch die Förderung ertragssteigernder Techniken des Ökolandbaus;

- darauf hinzuwirken, daß bei den multilateralen Entwicklungshilfebanken das ökologisch ausgebildete und qualifizierte Personal weiter aufgestockt wird, insbesondere bei der afrikanischen, asiatischen und interamerikanischen Entwicklungsbank;
- systematische Umweltprüfungen bei allen Projekten durchgeführt und deren Ergebnisse so umgesetzt werden, daß die Umwelt- und Gesundheitsministerien der Nehmerländer sowie die dortigen Nichtregierungsorganisationen in allen Stadien der Projektplanung und Durchführung voll und umfassend miteinbezogen werden und vollen Zugang zu den Projektunterlagen erhalten;
- die Ausgaben für umweltfreundliche Projekte, insbesondere im größeren Maße Kleinprojekte aufzustocken;
- schonende Waldnutzung durch geeignete handelspolitische Maßnahmen zu fördern;
- sich im Hinblick auf die Eindämmung des Bevölkerungswachstums dahin gehend einzusetzen, daß entsprechende Bevölkerungsprogramme der UNO und bilateralen Entwicklungshilfe unterstützt werden;
- die Entwicklungsländer bei den für den Umweltschutz notwendigen Investitionen durch eine quantitativ und qualitativ verbesserte Entwicklungshilfe nachhaltig zu unterstützen;
- Programme und Projekte zur Erprobung, Fortentwicklung und zum Einsatz der Nutzung regenerativer Energiequellen, insbesondere der Wind- und Sonnenenergie, stärker als bisher zu fördern.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, keine Entwicklungsprojekte in Primärwäldern zu finanzieren, z. B.

- keine Staudammprojekte in Primärwäldern zu fördern, und die dadurch freiwerdenden Mittel den hier alternativ genannten Maßnahmen zuzuleiten,
- keine Straßenbauten in unerschlossenen Regenwaldgebieten zu finanzieren,
- Infrastrukturprojekte, die der Tropenholzgewinnung aus Primärwäldern dienen, nicht mehr zu fördern,
- Sägewerke und andere Holzverarbeitende Betriebe nur dann direkt oder indirekt zu fördern, wenn die Holzversorgung dauerhaft und nachhaltig aus Sekundärwäldern oder Agroforrestprojekten gesichert ist,
- Tropenholz im Bereich von Bundesbehörden und Bundeseinrichtungen und -unternehmen nicht mehr zu verwenden, wenn nicht sichergestellt ist, daß die Hölzer aus dauerhaft und nachhaltig bewirtschafteten Sekundärwäldern kommen und nicht aus Primärwäldern. Die Nachweispflicht muß beim Holzhandel liegen,
- den Import von tropischen Harthölzern auf ein unbedingt notwendiges Minimum zu beschränken.

Bonn, den 15. Dezember 1988

Schanz
Adler
Bachmaier
Bindig
Blunck
Brück
Dr. von Bülow
Conradi
Fischer (Homburg)
Großmann
Dr. Hartenstein
Dr. Hauchler
Dr. Hauff
Dr. Holz
Kiehm
Lennartz
Luuk
Dr. Martiny
Menzel
Müller (Düsseldorf)

Dr. Niehuis
Dr. Osswald
Reimann
Reuter
Schäfer (Offenburg)
Schluckebier
Dr. Schöffberger
Schütz
Stahl (Kempen)
Toetemeyer
Waltemathe
Weiermann
Dr. Wernitz
Bernrath
Bulmahn
Ganseforth
Ibrügger
Purps
Dr. Vogel und Fraktion

